Religionsfreiheit: Arbeitskreis Menschenrechte klärt über Ägypten auf

Das Urlaubsland Ägypten ist ins Visier des in Moers und Duisburg ansässigen „Arbeitskreis Menschenrechte“ (AKM) geraten. Dort hat es, so AKM-Sprecher Thomas Müller, kurz vor Weihnachten eine höchstrichterliche Entscheidung gegeben, wonach ägyptische Staatsbürger in ihre Ausweise nur die drei offiziell anerkannten Religionen,

nämlich Judentum, Christentum und Islam, eintragen lassen können.

„Diese scheinbar unwichtige Kleinigkeit hat im Alltag ganz gravierende Folgen“, wissen die Menschenrechtler vom Niederrhein zu berichten. So seien Ausweise die Voraussetzung für den Zugang zu den meisten Bürgerrechten wie beispielsweise Aus-

bildung, Finanzdienstleistungen und medizinischer Versorgung.

Anlass für die die Gerichtsentscheidung sei die Klage eines Ehepaars gewesen, das der Bahá'í-Religion angehört und das auf die korrekte Eintragung seiner Religionszugehörigkeit geklagt hatte. „Eine Entscheidung zugunsten der Bahá'í hätte große Auswirkungen für die

Behandlung Anders- und Nichtgläubiger auf den gesamten islamischen Raum gehabt. So aber hat sich das Gericht dem Druck islamischer Fanatiker gebeugt, die eine drastische Einschränkung der Rechte aller in ihren Augen Nichtgläubigen und eine Bevorzugung der Muslime verlangen.“ AKM möchte erreichen, dass die Angehörigen

aller Religionen und auch die Nichtreligiösen die vollen Bürgerrechte in Ägypten genießen können. Aus diesem Grunde bittet der AKM um Unterstützung seiner Unterschriftenaktion.

Petitionslisten können kostenlos angefordert werden bei: AKM-Sprecher Thomas Müller, Am Pandycyk 31, 47443 Moers, ☎ 02841/9163753.

Wochen-Anzeiger (Duisburg), 31.01.2007